
Richard Saage: Staat, Technik und Gesellschaft im Neokonservatismus*

Prof. Dr. Richard Saage, geb. 1941 in Tüla, ist seit 1984 Professor für Politikwissenschaften an der Universität Göttingen.

Die demokratische Linke in der Bundesrepublik Deutschland hat es in den nächsten Jahren mit einem Gegner zu tun, der in der Literatur und in der öffentlichen Meinung mit dem Begriff „Neokonservatismus“ charakterisiert worden ist. In dieser Auseinandersetzung steht mehr auf dem Spiel als dies bei den üblichen Konflikten zwischen den politischen Parteien bzw. den Verbänden in einer Konkurrenz-Demokratie der Fall ist: Wenn nicht alles täuscht, versucht der in Bonn regierende Bürgerblock im Zeichen der neokonservativen Tendenzwende wesentliche Kompromisse zwischen Kapital und Arbeit, die die bisherige innere Stabilität dieser Republik garantierten, einseitig zugunsten der Unternehmerschaft zu kündigen. Trotz der gewiß eindrucksvollen Wahlsiege der Sozialdemokratie bei den Landtagswahlen im Saarland und in Nordrhein-Westfalen bleibt diese Gefahr auf unabsehbare Zeit akut. Daß sie sich möglicherweise noch verstärken wird, liegt nicht zuletzt auch im Wesen des politischen Gegners begründet: In Deutschland hat sich der Konservatismus seit der Aufklärung im 18. Jahrhundert als eine politische Kraft erwiesen, die sich erfolgreich auf veränderte gesellschaftliche Verhältnisse einzustellen vermochte, um gerade durch diese dynamische Flexibilität die bestehenden politischen und sozialökonomischen Machtkonstellationen stabilisieren oder sogar zugunsten der gesellschaftlich herrschenden Schichten ausnutzen zu können.

Ich gehe davon aus, daß die bedeutendste Variante konservativen Denkens während der Zeit des „Wirtschaftswunders“ der „technokratische Konservatismus“ (Greiffenhagen) war, der von Theoretikern wie Hans Freyer, Arnold Gehlen, Helmut Schelsky und Ernst Forsthoff entwickelt worden ist. Worin bestehen die wesentlichen Aussagen dieser Autoren im Blick auf das Verhältnis Staat, Technik und Gesellschaft?

Grundtheorem dieses Denkens ist eine These des bedeutenden konservativen Soziologen Hans Freyer. In seiner Schrift „Theorie des gegenwärtigen Zeitalters“ (1955) bezeichnete er die moderne kapitalistische Industriegesellschaft als ein „sekundäres System“, das in dem Augenblick entstanden sei, als der einzelne die Epoche der handwerklichen Produktion hinter sich ließ und die menschliche Arbeit durch die Maschine transformiert wurde: „Der Mensch bedient sich der Maschine nicht“ so Freyer, „sondern er bedient sie. Er tritt unter ihr Gesetz“. Die Folgen dieses Vorganges sind nach Freyer irreversibel: Die technischen und die ihnen angepaßten sozialen und staatlichen Strukturen werden im Maschinenzeitalter zwar von Menschen erzeugt; seit der Mensch aber „die Natur... betrügt, indem er sie für sich arbeiten läßt“ (Freyer), erzeugt er Überbauten, die sich zunehmend gegenüber dem einzelnen und den gesellschaftlichen Gruppen verselbständigen. Marx nahm an, daß die Beherrschung des Menschen durch die von ihm selbst erzeugten soziotechnischen Superstrukturen im Zustand äußerster Entfremdung von der den Industrialisierungsprozeß tragenden Arbeiterklasse revolutionär zurückgenommen werden könne. Demgegenüber ist nach Freyer der Verlust menschlicher Autonomie in einer von der Technik beherrschten Gesellschaft ein unentrinnbares Schicksal. „Die sozialen Strukturen der Gegenwart“, so schrieb er, „sind nicht mehr solche einliegenden Ordnungen, die dem menschl-

* Vortrag für die Technologiepolitische Konferenz des DGB vom 12. bis 14. September 1985 in Bonn.

chen Dasein eine innere Führung geben. Sie sind unangreifbar, selbstläufig, von einer gleichsam technischen Ferne und Ethoslosigkeit".

Es existiert seit Ende der sechziger Jahre eine umfangreiche Literatur, die sich kritisch mit diesem technokratischen Konservatismus auseinandersetzt. Ich möchte hier nur einen, wenn auch zentralen Gesichtspunkt der Kritik nennen. Problematisch ist vor allem der von den Produktionsverhältnissen abstrahierende Technikbegriff, mit dem diese Autoren arbeiten. Technik unter kapitalistischen Bedingungen ist eine Produktivkraft des Kapitals. Dies vorausgesetzt, können die aus der kapitalistischen Produktionsweise folgenden Zwänge nur für denjenigen als „selbstläufige" Sachgesetzmäßigkeiten gelten, der das herrschende Wirtschaftssystem - aus welchen Gründen auch immer - nicht in Frage stellt. Aber selbst wer die auf Kapitalverwertung beruhende Ökonomie akzeptiert, wird bei genauerer Prüfung der wirtschaftlichen Zusammenhänge anerkennen müssen, daß von einer Sachgesetzmäßigkeit, die keine Alternativen übrigläßt, nicht gesprochen werden kann.

Trotz dieser Kritik kam dem technokratischen Konservatismus als Handlungs- und Orientierungsnorm deswegen eine entscheidende politische Bedeutung zu, weil er an herrschende Trends der bundesrepublikanischen Wirklichkeit anknüpfen konnte: Sie reichten von der kritiklosen Gleichsetzung von technischem und gesellschaftlichem Fortschritt, der eine blinde Technikgläubigkeit in breiten Schichten der Bevölkerung entsprach, über den absoluten Primat des quantitativen Wirtschaftswachstums, das nur auf hohem technologischen Niveau zu garantieren war, bis hin zu einer Sozialpartnerschaft zwischen Kapital und Arbeit, deren Stabilität ohne den beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwung der Nachkriegszeit nicht erklärt werden kann. Die Hegemoniefähigkeit des älteren technokratischen Konservatismus beruhte also darauf, daß er die Technik zum mythischen Subjekt des gesellschaftlichen Prozesses erhob. Sie leistete innerhalb des technokratischen Interpretationsmusters zweierlei: Einerseits garantierte sie die optimale Entfaltung der Produktivkräfte, durch die die Wohlstandserwartungen breiter Bevölkerungsschichten befriedigt werden konnten. Andererseits klagte sie aber auch den Preis des wachsenden Lebensstandards ein: Ein immer engmaschiger werdendes Netz soziotechnischer Verflechtungen der einzelnen und der gesellschaftlichen Gruppen, das deren Handlungsspielraum zunehmend einzuengen und den gesellschaftlichen Status quo zu zementieren schien.

Daß ab Mitte der siebziger Jahre der ältere technokratische Konservatismus nur noch bedingt Formern zu liefern vermochte, mit denen sich Massen identifizieren, ist konservativen Politikern nicht verborgen geblieben. Die von der Technik hervorgerufenen oder beeinflussten sozialen Strukturen der Gegenwart konnten in dem Augenblick nicht mehr als „unangreifbar" und „selbstläufig" gelten, in dem sich massenhafter Protest gegen sie formierte. Mit der Krise der Technikgläubigkeit war aber zugleich auch der eigentliche herrschaftslegitimierende Kern des älteren technokratischen Konservatismus in Frage gestellt: das Vertrauen in die Kompetenz derer, die über technisches Wissen verfügen. „Überall wächst die Skepsis der Bürger gegenüber dem Urteil der Experten", heißt es in einem Aufsatz Kurt Biedenkopfs über „Technik 2000 - Chance oder Trauma? Vor allem aber war jenes Axiom des älteren technokratischen Konservatismus fundamental in Frage gestellt, das vor allem der Staatsrechtler Ernst Forsthoff betont hatte: daß nämlich der technologische Fortschritt, begleitet von einem effizienten Krisenmanagement, eine kontinuierliche wirtschaftliche Entwicklung im Zeichen stetigen Wachstums und der Vollbeschäftigung garantiert. So verschweigt z. B. Biedenkopf nicht, daß „die Angst vor den Folgen technischer Entwicklung für die Arbeitsplätze ... nicht grundlos (ist)". Dieses Eingeständnis, daß die soziokulturelle Hegemonie, die der ältere technokratische Konservatismus bis Anfang der siebziger Jahre begründete, in eine Krise geraten ist, weil breite Bevölkerungsschichten seinen zentralen Prämissen mit Skepsis begegnen, erscheint bemerkenswert: Es provoziert die Frage, wie der neuere technokratische Konservatismus, als dessen Exponenten ich auf der

praktisch-politischen Ebene neben Biedenkopf vor allem Späth, Genscher und Riesenhuber nennen möchte, auf diese Herausforderung reagiert.

Zunächst bleibt festzuhalten, daß auch der technokratische Neokonservatismus unbeirrt an der Maxime seines Vorgängers festhält, die Franz-Josef Strauß einmal auf die prägnante Formel brachte: Konservativ sein heißt, an der Spitze des (technischen) Fortschritts marschieren. Auch herrscht Übereinstimmung zwischen beiden Varianten, daß der Kapitalismus eine ebensowenig zu hinterfragende Größe sei wie das, freilich erst wiederherzustellende, Vertrauen in die Kompetenz der Experten. Doch charakteristisch verändert hat sich das Muster, innerhalb dessen der Neokonservatismus die technische Entwicklung interpretiert: Der Mythos einer Sachzwänge produzierenden Technik, in deren ehernem Netzwerk die einzelnen und die gesellschaftlichen Gruppen dem Fatalismus eines „post-histoire“ (Gehlen) preisgegeben sind, wird durch den Silicon-Valley-Mythos ersetzt: durch den Glauben, die ausschließlich den Unternehmern und dem Staat überlassenen Neuen Technologien werden alle Probleme der industriellen Gesellschaft, von der Umweltzerstörung bis zur strukturellen Arbeitslosigkeit, lösen. Der Suggestion, wir lebten in einer Epoche, die historische Entwicklungen ausschließt, wird die von einer Aufbruchstimmung getragene „Vision“ entgegengestellt, wir seien im Begriff, die Schwelle zu einem „nachsozialdemokratischen Zeitalter“ (Genscher) zu überschreiten. Tugenden wie Anpassung, Loyalität und Solidarität innerhalb der gegebenen „Superstrukturen“ weichen einem frühkapitalistischen Individualismus, der, von sozialen Verpflichtungen weitgehend befreit, zu einer Leistungsehte führen soll, die sich durch unternehmerische Initiative und Spitzenforschung legitimiert. Während der ältere technokratische Konservatismus den staatlichen Handlungsspielraum darauf beschränkte, zwischen den Sachgutachten der Experten auszuwählen, hat seiner neueren Variante zufolge der Staat die Aufgabe, durch die Schaffung geeigneter Infrastrukturen die Dynamik des technologischen Entwicklungsprozesses überhaupt erst zu ermöglichen. Vertreter des älteren technokratischen Konservatismus wie Forsthoff sahen in der keynesianischen Wirtschaftspolitik durchaus eine Garantie für Wachstum und Vollbeschäftigung; ihre Nachfolger setzen demgegenüber auf die „Selbsteilungskräfte“ des freien Marktes. Und nicht zuletzt wird gegenüber den internen Sachzwängen, die aus dem technischen Prozeß folgen, der externe Sachzwang der Konkurrenz auf dem Weltmarkt betont: „Unser Land und Westeuropa im Ganzen“, so lautet die in vielen Varianten vertretene Maxime, „können ihren Wohlstand nur halten und vermehren, wenn sie den Anschluß an die von den USA und Japan ausgehende ‚dritte industrielle Revolution‘ gewinnen“ (Genscher).

Es ist von entscheidender Bedeutung, daß der neuere technokratische Konservatismus keinen Zweifel daran läßt, wer die ausschließliche Kompetenz für die Anwendung der Neuen Technologien beanspruchen kann: Es sind die Forscher und vor allem die Unternehmer. „Denn welche neuen Produkte zu produzieren, welche neuen Produktionsverfahren einzuführen sind, das können nur der Erfindungsgeist der Forscher und der Innovationswille der Unternehmer herausfinden, das kann nur der Markt entscheiden“ (Genscher). Freilich ist hinzuzufügen, daß auch für den neueren technokratischen Konservatismus die ausschließliche Orientierung am Markt nicht auf der Tagesordnung steht: Wie dies schon immer seit Bestehen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft der Fall gewesen ist, soll auch im Rahmen des neokonservativen Modernisierungsprozesses der Staat in die Wirtschaft eingreifen, wenn es „ordnungspolitisch“ geboten erscheint. Charakteristisch für die neokonservativen Modernisierer ist also nicht, daß, sondern wie der Staat interveniert. Vereinfacht ausgedrückt, ist das Verhältnis von Staat, Neuen Technologien und Gesellschaft in der fortgeschrittensten Variante neokonservativer Modernisierungspolitik, wie sie vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth betrieben wird, durch folgende Aspekte charakterisiert:

1. Die Struktur der staatlichen Steuerung läßt die Umriss eines „tripartistischen Politikmodells mit korporatistischen Zügen“ (Naumann) erkennen: Die Richtung des technologischen Innovationsprozesses wird durch Vertreter der Wirtschaft, des Staates und der Forschung bzw. Wissenschaft festgelegt. Wie einerseits in den entsprechenden Gremien die Entscheidungsfindung von Unternehmerinteressen dominiert wird, so ist andererseits charakteristisch, daß die Gewerkschaften und die oppositionellen Parteien von der Zukunftsplanung ausgeschlossen sind.

2. Der Staat hat für die Neuen Technologien die notwendige Infrastruktur und ein „kreatives Klima“ (Späth) zu schaffen. Zu Lasten der alten Industrien konzentriert er sich in seinen Förderungsmaßnahmen einseitig auf sogenannte „wachstumsorientierte Produktionsbereiche“ (Fertigungstechnik, Maß-Steuer- und Regeltechnik, Mikroelektronik, Werkstofftechnik usw.). Er gründet innerhalb der Universitäten oder in deren Nachbarschaft sogenannte Technologiefabriken und -parks, in denen junge Diplomingenieure (Schwerpunkte: Gentechnologien, Mikroelektronik, Informatik, Kunststoffe, Hochenergieverfahren, Textilforschung usw.) mit Anfangskapital, Sekretariaten, Konferenzeinrichtungen etc. zwei bis drei Jahre gefördert werden, bis sie den Sprung in die Selbständigkeit schaffen oder aufgeben. Der Staat betreibt aber auch die Fusion großer Betriebe, wie die von Daimler und Dornier, wenn es darum geht, z. B. in der Raumforschung den Anschluß an den Weltmarkt zu halten. Und schließlich unterstützt er die kapitalärmeren mittelständischen Industrien durch Technologieberatung und -transfer, damit sie optimal die Weiterentwicklung der Neuen Technologien für ihre Produktion nutzen können.

3. Die staatliche Wirtschaftssteuerung hat aber auch ihre definitiven Grenzen. Entscheidend ist nämlich in Späths Modell, daß der Staat keinen Einfluß auf den Inhalt der Produkte nimmt: Er soll ausschließlich vom Markt bestimmt werden. Aus dieser Prämisse folgt, daß sich der Staat an der Debatte über die gesellschaftliche Nützlichkeit der im Rahmen der Neuen Technologien produzierten Güter nicht beteiligen darf. Diese Option hat weitreichende Folgen: Sie bedeutet, daß einer sozialen Steuerung des technologischen Fortschritts eine klare Absage erteilt wird. Eine „gerechte gesellschaftliche Verteilung der Produktionsergebnisse“ und eine bewußte Nutzbarmachung der Neuen Technologien für die Humanisierung der Arbeitsplätze komme ebensowenig in Frage wie die „gezielte Orientierung der Produktion und der Produktionsziele am gesellschaftlichen Bedarf“ (Bleicher). Dagegen wird die Beteiligung an der militärischen Spitzenforschung, etwa dem amerikanischen SDI-Programm, zu einem dringenden Gebot erhoben, weil sonst eine Technologielücke entstehen könnte, die den Anschluß an den Weltmarkt gefährden.

Wer tatsächlich die Lasten der sogenannten „dritten industriellen Revolution“ „in Gestalt unvorhergesehener oder unvorhersehbarer, ja so gar unvermeidlicher Schädlichkeitsnebenfolgen“ (Späth-Kommission „Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen“) zu tragen hat, verdeutlichen die Kommentare, mit denen die Vertreter des neuen technokratischen Konservatismus den „Virus der Freisetzung von Arbeitskraft“, den die „Rationalisierung als Mittel zur Erhöhung der Produktivität der verwerteten Arbeit“ (Kern/Schumann) enthält, erläutern. Abgesehen davon, daß das neokonservative Modernisierungskonzept durch „zunehmende Anbindung an den Weltmarkt die strukturelle Labilität der Wirtschaft“ in der Bundesrepublik dramatisch erhöht (Naumann), wird nicht bestritten, daß „zunächst einmal Arbeitsplätze wegfallen“ (Genscher) und daß „technischer Fortschritt ohne Veränderung und Beseitigung von Arbeitsplätzen nicht möglich ist“ (Biedenkopf). Auch Späth räumt ein: „Automatisierte Unternehmen werden ohne Zweifel Arbeitsplätze freisetzen“. Angesichts dieser Situation, die durch über drei Millionen Arbeitssuchende und durch eine drohende „Militarisierung der Arbeitsbeziehungen“ charakterisiert ist, könnte es auch im Interesse der Unternehmer an stabilen gesellschaftlichen Rah-

menbedingungen liegen, einen *neuen Sozialpakt* mit den relevanten gesellschaftlichen Interessengruppen, vor allem mit den Gewerkschaften, zu schließen: Sein Ziel hätte darin zu bestehen, die sozialen und wirtschaftlichen Folgen technologischer Innovationen in das Gefüge eines partizipatorisch gewendeten sozialen Interventionsstaats einzubinden. Ein solcher Vertrag jedoch, der z. B. die Festschreibung der betrieblichen Mitbestimmung bei der Einführung neuer Techniken im Betriebsverfassungsgesetz zur Folge haben müßte, wird von den Vertretern des neuen technokratischen Konservatismus kategorisch abgelehnt: Die Gewerkschaften würden, so schreibt die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 15. 8. 1985, „im Einzelfall eine fast todsichere Chance bekommen, einen Betrieb auf überholtem technischem Stand zu halten. Das greift tief in die unternehmerische Entscheidungsfreiheit ein. Sollen schwerfällige und politisch taktierende Gremien über das Tempo des technischen Fortschritts entscheiden? Die Beweglichkeit der Betriebe würde dann schon beim Investieren festgeschraubt. Und das ausgerechnet auf einem Gebiet, auf dem sich in den nächsten Jahren die Zukunft unserer Wirtschaft entscheiden wird. Die in dieser Hinsicht freien Konkurrenten in Asien und Amerika dürfen sich freuen“.

Statt dessen setzt der neue technokratische Konservatismus auf eine Reduktion der Arbeitslosigkeit, die von den Neuen Technologien in dem Maße bewirkt werden soll, wie sich ihre Produkte optimal über den Markt vertreiben lassen. Die entscheidende Formulierung für diesen Zusammenhang lieferte wieder einmal Lothar Späth: Die automatisierten Betriebe, die Arbeitskräfte freisetzen, so behauptet er, würden, „weil der Wettbewerbsfaktor Lohnkosten sich relativiert und die Auslastung der Maschinen um ein Vielfaches erhöht werden kann, einen ganz anderen Investitionsspielraum als bislang haben. Größere Investitionskraft und, durch die Mikroelektronik veranlaßte, Folgeinnovationen schaffen neue bessere Arbeitsplätze“. Diese zu begrüßende Auswirkung ist nicht zu bestreiten. Doch daß höhere Arbeitsproduktivität per se so viele Arbeitsplätze schafft wie wegrationalisiert worden sind, kann bezweifelt werden. Dieser technikabhängige Freisetzungseffekt wird noch dadurch entscheidend verstärkt, daß aufgrund der krisenhaften wirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit jenen Kompensationsmechanismen nicht mehr zu rechnen ist, die während der Zeit des sogenannten Wirtschaftswunders die Vollbeschäftigung trotz der zwischen 1950 und 1968 wegrationalisierten 18 Millionen Arbeitsplätze weitgehend garantierten.

Unter dieser Voraussetzung ist von einer marktkonformen Lösung des Arbeitslosenproblems, die sowohl auf staatliche Intervention in Form wirksamer Beschäftigungsprogramme als auch auf eine drastische Kürzung der Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich verzichtet, nicht viel zu erwarten. In letzter Instanz geht es dem neuen technokratischen Konservatismus nicht, wie Siegfried Bleicher zu Recht hervorgehoben hat, „um die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung und um die Sicherung der materiellen und immateriellen Sicherheiten der Arbeit“. Sein Ziel ist vielmehr, „die Chancengleichheit der deutschen Wirtschaft im internationalen Maßstab dadurch zu sichern, daß sie die historisch und national hemmenden Sonderfaktoren für optimale Ertragsbedingungen beseitigt und die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen der Arbeit in der Bundesrepublik dem Durchschnitt der Arbeitsbedingungen im internationalen Maßstab anpassen will“. Nicht zufällig konstatierte Hans-Dietrich Genscher in seiner Rede vom 26. April 1985 vor Bankiers und Unternehmern in Bielefeld das „Ende . . . der sozialdemokratischen Epoche“. Nichts ist charakteristischer für den Versuch des technokratischen Neokonservatismus, das politische Klima mit seinen Inhalten zu dominieren, als die zentralen Begriffe, mit denen in diesem „Nachruf“ der Leistungen des politischen Gegners gedacht wird: Die Sozialdemokratie habe eine Epoche der „Vermassung“ im Bereich der Produktion, der Medien und der Lebensweisen geprägt. Ihr Signum sei nicht die Emanzipation sondern die „Außenleitung des Menschen“ und der „Konformismus“ gewesen. Der Sozialstaat habe sich zum „Versor-

ungsstaat" pervertiert. Starre Tarifverträge, überzogener Kündigungsschutz, hohe und immer noch steigende Lohnkosten, eine progressive Besteuerung, Bürokratisierungstendenzen und eine egalitäre Bildungspolitik legten der „wirtschaftlichen Dynamik, ... dem Strukturwandel Fesseln an“. Der Liberalismus habe nur mit Mühe „die Freiheitsrechte des einzelnen ... gegen die Gefahren des alles reglementierenden Massen- und Versorgungsstaats und gegen die Macht der Großorganisationen“ (Genscher) verteidigen können. Mit allen diesen „Auswüchsen“ will der technokratische Neokonservatismus rigoros aufräumen. Das Gesetz, unter dem er angetreten ist, begnügt sich nicht mit der „Korrektur von Übertreibungen, sozusagen mit der Reparatur des zum Versorgungsstaat verfremdeten Sozialstaats. Es geht“, so verkündete Genscher, „vielmehr um den Aufbau von etwas grundsätzlich Neuem. Es geht um den Eintritt in ein neues Zeitalter“, das durch „eine Renaissance des Unternehmertums, ein innovatives Zusammenwirken von Staat und Wirtschaft, eine neue Bildungspolitik für eine neue Zeit, den Aufbau einer freien Kommunikationsgemeinschaft, und schließlich: den Aufbau einer europäischen Technologiegemeinschaft charakterisiert ist“.

Die neue Epoche des Liberalismus definiert sich also, kurz gesagt, durch das, was sie verneint: An die Stelle der bisherigen Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit soll die „Japanisierung und Amerikanisierung unseres Arbeitssystems und unseres Gemeinwesens“ (Bleicher) treten. Anknüpfend an die „tiefgreifenden Entsolidarisierungsprozesse zwischen den innerhalb und außerhalb des Beschäftigungssystems stehenden Arbeitnehmern“ (Bleicher), ist das Leitbild, unter dem die neue bürgerlich-kapitalistische Hegemonie ihre Zugkraft gewinnen soll, die Verheißung eines Individualismus, der Abschied von der sogenannten „Stechuhrengesellschaft“ (Späth) nimmt. Doch können die Metaphern, mit denen diese herrliche Zukunft umschrieben wird - sie reichen von der Versöhnungsüber die Informations- bis hin zur Dienstleistungsgesellschaft - nicht verdecken, daß der propagierte Individualismus für den Unternehmer etwas anderes bedeutet als für die arbeitslosen und lohnabhängigen Bevölkerungsschichten. Im Blick auf die Inhaber der Produktions- und Arbeitsmittel sowie ihrer Agenten im Management wird „der Unternehmensgeist“ beschworen, der nach den Worten Riesenhubers „alles fortreißen kann und die sachlichen Probleme lösbar macht“. Sein Individualismus ist das Profitinteresse des skrupellosen Egoisten, das seine Grenzen lediglich in einem legalen, weitgehend auf seine Bedürfnisse zugeschnittenen Rahmen findet. Der Individualismus der Massen hingegen wird sich im ungünstigsten Fall mit dem Eingeständnis, durch eigenes Versagen selber an der Arbeitslosigkeit schuld zu sein, und im günstigsten Fall mit der Arbeit am Heimcomputer zufrieden geben müssen. Wie einerseits die freiwerdenden kollektiven Energien in den privatistischen Kanälen der Familie, der kommerzialisierten elektronischen Medien und des Vereinslebens zu neutralisieren sind, so konstatieren andererseits die Vertreter des neueren technokratischen Konservatismus befriedigt die Schwierigkeit, „die vielen Individualisten, die diese neue Gesellschaft bilden, gewerkschaftlich zu organisieren“ (Späth). Genscher feiert die heraufziehende „individualisierte Gesellschaft“, die er positiv von der sogenannten „Massengesellschaft“ der Vergangenheit absetzt. In Wirklichkeit meint er den Aufbruch zu einer anderen Republik. Sie unterscheidet sich von der gegenwärtigen dadurch, daß sie das Mindestmaß an gesamtgesellschaftlicher Solidarität aufkündigt, ohne das es eine sozialstaatlich verfaßte, freiheitliche Massendemokratie, die diesen Namen verdient, nicht geben kann.